

## Klaus Lederer: Marx neu lesen

Am 6. Mai, einen Tag nach dem 198. Geburtstag von Karl Marx, fand auf Einladung von Petra Pau und dem linken Wirtschaftsverband OWUS das Unternehmerfrühstück statt. Gast war der Spitzenkandidat der LINKEN für die Berliner Abgeordnetenhauswahl, Klaus Lederer.

Die Eingangsfrage von Petra Pau „Warum sollten Unternehmer\*innen DIE LINKE wählen?“ stand in der folgenden Stunde immer mit im Raum. Anknüpfend an Marx' „Kapital“ ging es zunächst darum, ob sich linke Positionen und Unternehmertum vertragen können. Dies wurde vor allem angesichts der Globalisierung der Kapitalverwertung bejaht, sind es doch kleine Unternehmen, Selbstständige, „Outgesourcete“, die oftmals ebenfalls in prekären, unsicheren Verhältnissen wirtschaften und Selbstausbeutung betreiben. Diese Unternehmer können Partner sein im Kampf für zukunftsfähiges und existenzsicherndes Wirtschaften.

Bezüglich der Berliner Wahlen im Herbst stellte Klaus Lederer fest, dass Forderungen der LINKEN auch in anderen Wahlprogram-

men auftauchen. Das betrifft zum Beispiel den Wohnungsbau oder die Entwicklung der Infrastruktur. Unterschiede gibt es aber immer bei der Frage: Wie soll das Problem



Führt die Landesliste der LINKEN für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus an: Dr. Klaus Lederer, Landesvorsitzender der LINKEN. Berlin. Seine Credo: *Unduldsam, beherzt, gerecht.*

Foto: DIE LINKE. Berlin

gelöst werden? DIE LINKE macht hier konkrete Angebote für die Stadt. So sollen u. a. die gegenwärtig im Landeshaushalt erwirtschafteten Millionenüberschüsse nicht für die Schuldentilgung eingesetzt werden (das ist bei Niedrigzinspolitik eh wirtschaftlich unsinnig), sondern für zusätzliche Investitionen in Schulen, die Infrastruktur, den Ausbau dezentraler Energieversorgung. Und DIE LINKE engagiert sich für eine organisiert handelnde, bürgernahe Verwaltung. Zentrale Entscheidungen über die Zukunft der Stadt, wie eben den Wohnungsbau, dürfen nicht „notgedrungen“ getroffen werden, sondern sachbezogen und im demokratischen Zusammenwirken mit den mündigen Bürgerinnen und Bürgern.

Eine zentrale Frage des Gesprächs war es auch, wie sich DIE LINKE als moderne Partei in der globalisierten, zunehmend digitalisierten Welt bewegt, welche Ziele dabei mit welchen Methoden anzusteuern sind. Klaus Lederer konstatierte, dass sich DIE LINKE den heutigen Prozessen in der Wirtschaftswelt nicht ausreichend stellt. Er empfahl aus aktuellem Anlass (s.o.), Marx' „Kapital“ neu zu lesen, aber auch mit Leuten zu diskutieren, die neue Fragen stellen. Hier hat DIE LINKE noch Luft nach oben.

Hilka Ehler

### Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

#### Seite 2

Geschichte unterhaltsam / Marzahn als Kunst-Objekt?

#### Seite 3

Nicht Helfer, nicht Opfer - Menschen Petra Pau: Nein zu TTIP

#### Seite 4

BVV: Kultur und Freibad / Aus dem Bezirksvorstand / Neues (nicht) aus ...

#### Seite 5

Dagmar Pohle: Ist Kinderarmut in Berlin ein Thema? / Wolfgang Brauer: Gegen den Beton-Wahn

#### Seite 6

Einladung zur Wanderung / Wie weiter mit dem Theater am Park?

#### Seite 7

Zur Person: Beatrice Morgenthaler

#### Seite 8

Vermischtes: Tipps und Termine / Hinten links: Barbarossa 75

## Frieden gibt es nur gemeinsam

Am 22. Juni 1941 hat das faschistische Deutschland die Sowjetunion überfallen. Der 75. Jahrestags des Überfalls auf die Sowjetunion ist ein besonderer Gedenktag, haben doch die Völker der Sowjetunion einen sehr hohen Blutzoll bei der Niederschlagung des deutschen Faschismus zahlen müssen.

**Aus diesem Anlass wird am 22. Juni 2016 um 17 Uhr am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Buch, Wiltbergstraße, eine Gedenkveranstaltung durchgeführt, bei der das Großplakat »Frieden gibt es nur gemeinsam ... willkommen« präsentiert werden wird.**

Die Veranstaltung findet auch deshalb am Ehrenmal in Buch statt, um diesen Ort wieder zum Gedenkort für antifaschistischen Widerstand zu reklamieren. Am 8. Mai hatten Neonazis von der NPD den Ort okkupiert, um die Opfer des Faschismus und die Angehörigen der Roten Armee, die an der Befreiung Deutschlands beteiligt waren, zu verhöhnen und die anwesenden Antifaschistinnen und Antifaschisten zu bedrängen und zu bedrohen.

Deshalb macht euch am 22. Juni auf den Weg nach Berlin-Buch (S-Bahnhof Buch)!

**DIE LINKE. Berlin und Berlin-Pankow**



## Geschichte unterhaltsam

Nach 1990 kamen rund zwei Millionen sogenannte Russlanddeutsche aus der ehemaligen Sowjetunion in die Bundesrepublik. Schätzungsweise leben rund 30000 von ihnen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, ein Großteil in Marzahn-Nord/-West. Im Norden Marzahns, in der Wittenberger Straße 67, ist der Verein der Aussiedler in Berlin, Vision e.V., ansässig. Der Geschäftsführer Alexander Reiser ist als Akteur bei vielen Veranstaltungen im Stadtteil dabei. Privat wohnt er mit seiner Familie im Ortsteil Hellersdorf.

Am 4. Mai öffnete sich der Vorhang des Berliner Tschchow-Theaters für den in den 1960ern in Sibirien geborenen Autor und Journalist Reiser.

„Zerrissene Seelen“, sagte Wolfgang Brauer, „produzieren Literatur“ und gibt seinem Gast das Wort.

Am Beispiel seiner eigenen Familie schilderte Alexander Reiser nicht ohne Augenzwinkern auf unkonventionelle Weise die wechselhafte Geschichte der Russlanddeutschen und ihr Ankommen in Deutschland. Untermalt von Fotos seiner Familie, nahm er das zahlreiche Publikum mit auf eine Reise in die Geschichte. Seine aus Hessen stammenden Vorfahren waren dem Ruf der Zarin Katharina im 18. Jahrhundert nach Russland gefolgt und siedelten sich im Wolgagebiet an. Sie wurden sogenannte Staatsbauern. Im Gegensatz zu

den russischen Leibeigenen gelangten sie zu einem gewissen Wohlstand, überstanden Oktoberrevolution, Bürgerkrieg und Hungerzeiten.

1924 verlieh Stalin den sogenannten Wolgadeutschen den Autonomiestatus. Mit Hitler kam 1941 die Zwangsumsiedelung inklusive von nur 20 kg Gepäck (!) nach Sibirien in das Omsker Gebiet. Frauen und Kinder durften die Dörfer bei Androhung von Zwangsarbeit bis 1956 nicht verlassen. Sie waren sehr arm, aber sie überlebten.

Kindheit und Jugend verbrachte Alexander in seinem Geburtsort Hoffnungstal. Nach seiner Militärzeit trieb ihn seine Abenteuerlust für drei Jahre zum Fischen auf die See, bevor er Journalistik studierte. Ein halbes Jahr lang begleitete er Pelztierjäger in den sibirischen Wäldern.

1996 kam Reiser nach Deutschland, der auszufüllende Antrag war 56 Seiten lang. Ein Kriterium war übrigens nicht das Beherrschen von Hochdeutsch, was auf ein aktuelles Erlernen zum Zwecke der Einreise schließen lassen könnte, sondern das Sprechen von deutschen Dialekten, die in den Familien seit Jahrhunderten gepflegt wurden, ebenso die Kenntnis deutscher Sitten und Gebräuche. Mit Humor widerlegte er die Story vom „deutschen Schäferhund“.



Wolfgang Brauer (re.) bedankt sich bei seinem Gast Alexander Reiser. Foto: Sabine Behrens

Für ein paar Kostproben seines literarischen Könnens blieb auch noch Zeit, Reisers Tochter umrahmte den Abend mit einigen Weisen auf dem Klavier.

Die Gäste dankten mit vielen interessanten Fragen.

**Sabine Behrens**

## Vernissage mit Ljudmila Müller: Marzahn als Kunst-Objekt?

Das Fragezeichen in der Überschrift ist ja eigentlich eine Frechheit – ich weiß. Das sieht offensichtlich auch Ljudmila Müller so, die aus dem einst sowjetischen Perm in die DDR ausgewanderte Malerin. Ob Springpfuhl, Helene-Weigel-Platz, Märkische Allee oder Gärten der Welt – diese und viele weitere Berliner Motive sind Gegenstand ihrer Malerei, die sie im Abgeordnetenbüro



Bei der Ausstellungseröffnung: Ljudmila Müller (re.) Foto: W. Reuter

Kittler / Dr. Schmidt am Helene-Weigel-Platz 7 in einer Vernissage vorstellte. Die Abgeordnete der LINKEN Regina Kittler befragte die Wahl-Marzahnerin (seit 1988) auf dem ROTEN SOFA nach Lebens-Stationen und künstlerischen wie politischen Ambitionen.

Heraus kam ein unterhaltsames Stündchen mit Einsichten und Ansichten über unseren Stadtbezirk, die von den etwa vierzig Besuchern interessiert und zuweilen amüsiert quitiert wurden. Mehr als 30 Bilder galt es anschließend zu betrachten und zu diskutieren.

Ljudmila Müller kam 1968 zu in der DDR stationierten Truppenteilen der Roten Armee als Laborantin, lernte hier ihren Mann kennen beim – wie sie sagt – „Tanzen und Kaffee trinken“. Nach vier Jahren musste sie wieder zurück in die Sowjetunion. Die nächsten Jahre erhielt sie unentwegt Briefe aus der DDR, bis sie schließlich 1981 ihren Mann in Berlin heiraten konnte. Erst 2006 fand wohl ihr eigentlicher Start als Malerin statt. Ein Bleistift-Portrait ihres Sohnes, dann weitere Versuche mit Ölkreide, schließlich Bilder über Afghanistan und den Irak-Krieg ... Ihre nun nach Hunderten zählende Bilder-Sammlung umfasst viele unterschiedliche Themenbereiche. Davon kann sich jedermann auch jetzt noch im Abgeordnetenbüro überzeugen (wochentags außer Donnerstag). Ich empfand es als sehr kollegial, wie Malerkollege Ulrich Uffrecht bei der Präsentation so manches Müller-Bild

hoch hielt, damit es alle sehen konnten. Und mir wurde bewusst: Marzahn hat nicht nur eine Malerin.

**Peter Kolbe**

**DIE LINKE.**  
lädt Groß und Klein zum  
**KINDERFEST**  
auf dem Boulevard Kastanienallee

Für Sie vor Ort:

- Hüpfburg
- Popkorn
- Kinderschminken
- Kaffee & Kuchen
- ...und viel mehr!

**Am 25. Juni 2016**  
**von 15 bis 18 Uhr**

www.kristian-ronneburg.de

**Dr. Gabriele Hiller**  
Direkt gewählte Abgeordnete für Hellersdorf-Nord/Ost

**Kristian Ronneburg**  
Direktkandidat für Hellersdorf-Süd/Kaulsdorf-Nord

## Nicht Helfer, nicht Opfer - Menschen

**M**ir sitzen die zwei Frauen gegenüber und schauen etwas betreten: „Du, tut uns leid, aber jetzt müssen wir erst unbedingt die Schularbeiten fertigmachen - die braucht er doch morgen ...“. Kein Stress, denk ich mir, und sehe mich inzwischen in dem Raum um. Ganz offensichtlich das Spiel- und Kinderzimmer, freundlich, mit lauter bunten Spielsachen, eine vergessene Jacke hängt über dem Haken, eine Mütze dort, viele Fotos. Sie zeigen fröhliche lachende Kinder und lächelnde Erwachsene. Schriftzeichen in verschiedenen Sprachen. Der Raum ist so groß wie ein Klassenraum, hell und einladend mit den ganz verschiedenen farbigen Utensilien. Dann kommt Hussein, einer der geflüchteten jungen Männer, die sehr schnell die Sprache gelernt haben und dann ebenso schnell zur unentbehrlichen Hilfe für alle werden. Vor allem die Ehrenamtlichen sind froh über den bereitwilligen, freundlichen und sehr sprachbegabten Dolmetscher. Er holt den kleinen fleißigen Deutschschüler zum Essen, also kurze Pause und Lore und Susanne haben Zeit für mich. Beide sind seit Anfang an hier in der Notunterkunft im Glabecker Ring, beide sind aus Mahlsdorf-Süd, wohnen gar nicht so weit voneinander entfernt und haben sich aber erst hier im Haus kennen gelernt. Sie bemerken die große Verschiedenheit der hier Wohnenden, die Individualität. Die Unterschiede und auch die unterschiedliche Herkunft, die kulturelle oder religiöse Vielfalt spiegeln sich auch im Umgang miteinander wider - es ist nicht unkompliziert. Viel belastender ist allerdings die Erfahrung mit den Ämtern in Berlin. Entgegen allen anderslautenden Beteuerungen werden die Hilfesuchenden enttäuscht und zustehende Leistungen nicht gewährt oder erst Monate später. Das ist die Realität, wenn sie bspw. mit großer Bereitschaft für 1 € pro Std. Hilfsleistungen erbringen bei der Essensausgabe, bei der Gartenarbeit, beim Übersetzen.

Aber alle, die jetzt hier sind, sind voller Hoffnung auf ein bisschen persönliches Glück. Sie denken schon an ihr Leben hier in Deutschland und rechnen damit, sich längerfristig irgendwo ein Zuhause zu schaffen. Allerdings gibt es da genau solche Hürden, die ihre Geduld auf eine harte Probe stellen und ihnen manchmal den Mut nehmen. So haben jetzt viele einen Gutschein vom LaGeSo, dass die Kosten für eine Wohnung übernommen werden. Diesen Gutschein akzeptiert aber keine Wohnungsgesellschaft, weil die wissen, dass sie dann auch nicht rechtzeitig ihre Miete bekommen. Erst, wenn jemand diesen Gutschein vom Jobcenter oder Arbeit erhält (was in der Regel nur längerfristig überhaupt möglich ist), dann hat er reale Chancen auf eine Wohnung. Besonders für Familien mit 1, 2, 3 oder 4 Kindern, die seit mehr als einem halben Jahr in einem Zimmer in diesem Heim wohnen, wird die Situation zunehmend unerträglich. Sie wünschen sich ein wenig Privatsphäre, ein eigenes Zuhause und tun alles

dafür, das Wohnen im Heim, das für manche schon viel zu lang dauert, ein bisschen freundlicher zu gestalten.

Einige lernen fleißig in den Deutschkursen im Haus, die aufrechtzuerhalten aber doch schwierig ist - oft läuft es auf Einzelunterricht hinaus. Gern beteiligen sie sich an den verschiedenen Höhepunkten. Beliebt sind Ausflüge, wie in die Gärten der Welt oder im Winter in die Philharmonie, und mittwochs kommt der Clown. Ansonsten kommen die Bewohner\*innen nicht viel raus, was für Integration natürlich auch ein Problem ist. Der Kiez lädt sie nicht ein, jedenfalls fühlen sie sich nicht so wirklich als willkommene Nachbarschaft. Aber beide Frauen sind stolz auf den Fleiß, mit dem ihre neuen Freunde - doch das sind sie schon - versuchen, hier im fremden Land zurechtzukommen, sich nicht unterkriegen zu lassen. Wöchentlich kochen sie zusammen oder einige Frauen nähen. Gerade die Frauen bemerken schon die großen

Chancen, die sich ihnen hier in Berlin bieten könnten. Aber auch das Leben von Lore und Susanne hat sich unumkehrbar geändert. Sie haben die Menschen, die hier wohnen längst in ihr Herz geschlossen - den einen mehr, den anderen weniger. Sie bestimmen ihren wöchentlichen Alltag und füllen ihn auf eine unerwartete Art und Weise. Inzwischen ist Vertrauen gewachsen, die Beziehungen bestehen auf Augenhöhe und das erfüllt sie mit einer großen Zufriedenheit. „Aber jeder kann sich einbringen, der es wirklich will“, sagt Susanne am Schluss. „Gerade das fehlt wirklich: Freundschaften oder Patenschaften, damit die Fremdheit verschwindet.“ Ich habe großen Respekt vor dem Engagement der beiden, davor, mit wieviel Offenheit, Ehrlichkeit und persönlichem Einsatz sie hier sind. Es ist sicher nicht leicht und endet nicht so schnell hinter dem Tor auf dem Nachhauseweg - Hut ab!

**Sabine Schwarz** (Text/Foto)



Lore (li.) und Susanne (re.) helfen regelmäßig in der Unterkunft für Geflüchtete.

## Petra Pau (MdB): Nein zu TTIP

**I**n jüngster Zeit gibt es kaum eine Besuchergruppe, die ich im Bundestag begrüße, die mich nicht nach TTIP fragt. „Haben Sie als Abgeordnete das Dokument gelesen?“ Klare Antwort: Nein! Ich dürfte es, was mich scheinbar privilegieren würde. Einige aus der Fraktion DIE LINKE haben es getan. Gut. Aber ich lehne es ab. Denn die vorgegaukelte TTIP-Transparenz bedeutet: Mitglieder des Bundestages können das juristische Dokument über das geplante „Freihandelsabkommen“ zwischen den USA und der EU auf Englisch in einem Geheimschutzraum lesen. Mitschriften sind verboten, fotografieren auch. Wer über das Gelesene spricht, macht sich strafbar. Kurzum: Ich würde mich jener Geheimdiplomatie unterordnen, die ich ablehne, weil sie jedweder Demokratie widerspricht. Soweit meine prinzipielle Formkritik. Und inhaltlich? Nichts Genaues weiß man nicht. Gleichwohl sollen wir mutig sein und Vertrauen hegen. Das wiederholt unentwegt Siegmund Gabriel, der Vorsitzende der SPD. Was weiß er, was wir nicht wissen? Und was will er, was wir nicht wollen?

Fakt ist: Es gibt bereits vergleichbare Abkommen. Sie lassen tief blicken. Ihr Kern: Mo-

nopole können Staaten verklagen, wenn sie meinen, dass politische Entscheidungen ihre Profit-Erwartungen schmälern. Beispiel 1: Ein Parlament beschließt einen gesetzlichen Mindestlohn. Beispiel 2: Ein Parlament beschließt den Ausstieg aus der Atomenergie. Beispiel 3: Ein Parlament beschließt ein Verbot Gen-manipulierter Produkte. Alles real, alles aktuell.

Bei diesen und anderen Fällen würden Konzerne per Vertrag ermutigt, wider die Politik zu klagen. Einschlägige Beispiele gibt es längst. Zuständig wären dann übrigens nicht rechtsstaatliche Gerichte, sondern eigens berufene Schiedskommissionen. Internationale Exempel belegen: Im Zweifel entscheiden diese pro Profit gegen die Politik, letztlich wider die Demokratie.

Bei TTIP geht es also weniger um das viel zitierte Chlorhühnchen, vor dem Kritiker warnen, und kaum um gleiche Standards für Automobile, wie Befürworter preisen. Kommt es so, wie derzeit zu erwarten ist, stellt TTIP einen Generalangriff auf die Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland, also auf das Grundgesetz dar. Und der Restposten soziale Gerechtigkeit wäre passé.

## Bericht zur Sitzung der BVV am 26. Mai 2016: **Kultur und Freibad**

Aufgrund des interfraktionellen Antrags für ein Freibad, der dem Bürgerbegehren der rechtsextremen Partei „Pro Deutschland“ dazu den Wind aus den Segeln nimmt, indem er deren Forderung beschließt, versammelten sich einige Vertreterinnen und Vertreter dieser Partei im BVV-Saal. Die Sitzung verlief dennoch weitgehend ruhig und nach der einstimmig erfolgten Annahme verließen sie den Saal.

Priorität der Linksfraktion war ein Ausschussantrag, der die Zukunft vom Theater am Park (TaP) sichern soll. Darin wird das Bezirksamt ersucht, für das Gebäude des TaP weiterhin eine soziokulturelle Nutzung sicherzustellen. Außerdem soll beim geplanten Interessenbekundungsverfahren dem bisherigen Betreiber (Theater am Park e.V.) eine gleichberechtigte und faire Chance zur Bewerbung ermöglicht werden. Der Antrag wurde erwartungsgemäß beschlossen, ist aber, wie unser Verordneter Olaf Michael Ostertag bemerkte, eine reine Absichtserklärung. Ziel der Linksfraktion ist es, das TaP im Bezirk zu halten. Aus diesem Grund haben wir einen dringlichen Antrag eingebracht. Dieser fordert, den Punkt zur Vermarktung des TaP an die Berliner Immobilienmanagement GmbH im Falle eines nicht

zielführenden Interessenbekundungsverfahrens zu streichen. Aufgrund der Stimmen der Zählgemeinschaft (SPD, CDU, Bündnisgrüne) wurde dieser Antrag nicht behandelt. Er wird in der zur nächsten BVV-Sitzung eingereicht. Zur Großen Anfrage der CDU zum Alten Rathaus Marzahn antwortete der zuständige Bezirksstadtrat Richter (SPD), dass die Übernahme des Gebäudes ins Vermögen der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) gescheitert ist. Damit ist auch die Sanierung, die über 20 Mio. Euro kosten soll, vorerst gescheitert. Eine Vorlage des Bezirksamts wird in der nächsten Sitzung der BVV vorliegen, so Richter.

Spätestens zum 31. 3. 2018 werden nach der IGA 2017 alle Wege des Kienbergs wieder zugänglich sein. Das ist das Ergebnis eines Antrages der Linksfraktion der einen Termin zum Rückbau der Einzäunung des Kienbergs fordert.

In einer weiteren Vorlage zur Kenntnisnahme des Bezirksamtes, diesmal zu unserem Antrag, „Ungenehmigtes Baugeschehen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf“, heißt es, es gebe „keine wesentlichen Bauvorhaben, die entgegen der Baugenehmigung gebaut wurden bzw. werden.“ Daraufhin fragte unsere

Verordnete Sabine Schwarz erneut zur ungenehmigten Parkfläche in der Hellen Mitte nach. Gräff antwortete, dass diese keiner Baugenehmigung bedurfte, dass sich die Parkfläche jedoch auf einer bezirklichen Fläche befindet. Mit dem vermeintlichen Bauherren stehe man in Kontakt, Konsequenzen prüfe man.

### **Beschlossene Anträge der Linksfraktion:**

- Zustand der Ahrensfelder Berge verbessern: Das Bezirksamt soll schrittweise dafür sorgen, dass das Wegenetz der Ahrensfelder Berge repariert wird, regelmäßig landschaftsgärtnerische Pflegemaßnahmen durchgeführt werden, die Aussichtsfläche wiederhergestellt, Bänke und Infotafeln aufgestellt und geeignete Bereiche als geschützte Biotope ausgewiesen werden.
- Anschluss von Marzahn-Hellersdorf ans Knotenpunkt-Radwandernetz des Landes Brandenburg: Dem Bezirksamt wird hier empfohlen, sich für einen Anschluss an das Knotenpunkt-Radwegenetz des Landes Brandenburg einzusetzen bzw. im eigenen Verantwortungsbereich hierfür tätig zu werden.

**Thomas Braune**

## **Kurz informiert: Aus dem Bezirksvorstand**

Immer an erster Stelle einer jeden Beratung steht der Austausch zum aktuellen Geschehen. So auch im Mai. Es wurde informiert zu einem Brandanschlag auf der Baustelle für eine neue Geflüchtetenunterkunft in der Rudolf-Leonhard-Straße (laut Pressemeldungen). Es soll Dialogrunden des Bezirksamtes mit Bewohnerinnen und Bewohnern der Gebiete, in denen neue Unterkünfte für Geflüchtete entstehen werden, geben. Begonnen werden sollte damit am 24. Mai im Victor-Klemperer-Kolleg für die Unterkunft Martha-Arendsee-Straße. Im Bezirksvorstand wird auch über die Arbeit des Bündnisses für Demokratie informiert, deren eine Sprecherin Beatrice Morgenthaler ist. Nächster Termin des Bündnisses ist der 4. Juli (Thema: Rechtspopulismus – Konferenz inklusive, offen für Interessierte). Dort wird auch der Umgang mit rechten Parteien thematisiert. Als Argument gegen die AfD taugt es aber nicht, dass demokratische Parteien gewählt werden sollten. Unsere *Hauptaufgabe* im Wahlkampf könne nicht sein, sich mit der AfD auseinanderzusetzen. Hauptlinie ist und bleibt, um eigene Wähler\_innen zu kämpfen. Versucht werden sollte auch, Möglichkeiten der Werbung durch Prominente für die Teilnahme an der Wahl zu nutzen. Das Thema Flüchtlinge wird nicht das einzige, wohl aber wichtiges Thema sein, und die Menschen wird es lange Zeit bewegen. Wir müssen sagen, was wir wollen, welchen Plan DIE LINKE hat für die Stadt, für den Bezirk.

Unser 1.-Mai-Fest verlief sehr gut, die organisatorische Vorbereitung war fast perfekt, gute Gesprächsrunden gab's, für Jung und Alt war etwas dabei. Dank gilt der Wohnungsge-

sellschaft Stadt und Land, die den Cecilienplatz zu benutzen genehmigte. Auch 2017 soll es so ein Fest geben.

Gut lief es auch am Stand beim Biesdorfer Blütenfest. Ehrungen anlässlich des Tages der Befreiung am Parkfriedhof Marzahn und an der Gedenkstätte Brodauer Straße fanden einen würdigen Rahmen. Informiert wurde zum Stand der Nutzung des Theaters am Park (TaP) – dazu auch ein Beitrag auf Seite 6 dieser Ausgabe.

**Wahlkampf:** Die Eröffnung des Marzahn-Hellersdorfer Wahlkampfquartiers wird am am 6. Juni um 17 Uhr, Henny-Porten-Straße 10-12 stattfinden. Dazu sind alle Kandidierenden, Wahlkampf-Aktive und Mitglieder sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Eine bezirkliche Wahlkampf-Abschlussveranstaltung, geplant für 17. September 2016, soll auf dem Helene-Weigel-Platz stattfinden.

## **Neues (nicht) aus der Turnhalle Rudolf-Leonhard-Straße**

Bei schönem Wetter sind die Kinder natürlich am liebsten draußen und nicht in der hässlichen Halle. Deshalb machen wir unsere Deutsch-Übungen in kleiner Gruppe in den Gärten der Welt. Die Mama mit ihren Kindern zwischen vier und elf Jahren freuten sich besonders über den Orientalischen Garten. Das war für sie wie ein Stück Heimat. Dann ging es aber an die Turngeräte, Schaukeln und ans Karussell. Zum Schluss hatten sich alle ein Eis verdient. Es war alles ganz einfach und die Kinder Same-



ra, Bayan, Hanan und Ali verhielten sich sehr diszipliniert.

**Gudrun Benser**

## Dagmar Pohle: Ist Kinderarmut in Berlin ein Thema?

In der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU auf Landesebene von 2011 steht das Vorhaben, eine Strategie gegen Kinderarmut zu entwickeln und umzusetzen. Bis heute liegt diese Strategie nicht vor, gerade ist ein Entwurf einer Senats- und Abgeordnetenhausvorlage zur Stellungnahme verschickt worden. Die Wahlen am 18.9.2016 werden die Legislaturperiode beenden, es wird also keine Zeit sein, irgendetwas von dem, was noch vor der Wahl beschlossen werden soll, von dieser Koalition umsetzen zu können.

Ausgangspunkt der Betrachtung ist die Frage: „Wer ist arm?“

Im Bericht wird sich auf die Armutsrisikoquote bezogen. Das heißt, dass knapp jedes fünfte Kind/Jugendliche in Berlin in Haushalten aufwächst, deren Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze liegt. Das ist nicht verkehrt, doch wirkt beschönigend.

Für uns ist arm, wer von staatlichen Transferleistungen abhängig ist und/oder wo die Eltern so wenig verdienen, dass sie davon nicht eigenständig ohne Transfers leben können. Von Transferleistungen abhängig ist in Berlin fast jeder dritte Minderjährige, mehr als 170.000. Weitere 80.000 Minderjährige leben in Familien, die mit Leistungen der Jobcenter aufstocken müssen. Das ist für uns das reale Bild in der deutschen Hauptstadt. Ähnliche Verhältnisse finden sich in unserem Bezirk. Es ist insgesamt enttäuschend, dass darauf verzichtet wird, konkrete Ergebnisse im Sinne eines strategischen Ansatzes und daraus resultierend Maßnahmen und Projekte zu benennen, obwohl in den Arbeitsgruppen des Senats, an denen viele Vertreter\_innen der Bezirke und der Zivilgesellschaft engagiert mitgearbeitet haben, sehr konkrete Vorschläge diskutiert und abgestimmt wurden.



Dagmar Pohle, Spitzenkandidatin der LINKEN für die BVV, möchte wieder Bezirksbürgermeisterin werden.

Statt Sofort-, mittel- und langfristige Maßnahmen zu entwickeln sollen neue Strukturen ins Leben gerufen werden (Lenkungsgruppe, Geschäftsstelle Armut), ohne deren Kompetenzen, Ausstattung, Zeit- und Maßnahmeplanung festzulegen. Völlig unverständlich ist, dass der Eindruck erweckt wird, dass eine Strategie gegen Kinderarmut kostenneutral zu haben ist. Selbst wenn Ressourcen der Akteure zusammengelegt werden und mit Synergie-Effekten zu rechnen ist, braucht es doch zusätzliche Ressourcen, um wirksame Maßnahmen, wie z.B. die Abschaffung der Bedarfsprüfung in Kita und Schulhort, umzusetzen.

Armutsprävention spielt allenfalls eine sehr untergeordnete Rolle. Sie ist aber gerade im Bereich der Kinder unheimlich wichtig, weil in jungen Jahren die Weichen gestellt werden für die persönliche Entwicklung, für Schulerfolg und ein Leben in Unabhängigkeit und Freiheit. Der Schlüssel ist der Zugang zu Bildung. Doch der ist in hohem Maße von der sozialen Stellung der Eltern abhängig. Der Senat stellt dieser Erkenntnis keine adäquaten Maßnahmen gegenüber. Z.B. ist der Zugang zur Ganztagsbetreuung in der Kita immer noch von der Berufstätigkeit der Eltern abhängig. Das Amt entscheidet über den Umfang der vorschulischen Förderung, nicht die Eltern, nicht der Entwicklungsbedarf des Kindes.

Es wird leider kein Bezug darauf genommen, dass die Stadt sich immer mehr in reiche und arme Stadtteile spaltet. Dieser sozialen Teilung der Stadt entgegenzuwirken ist eine Herausfor-

derung für die Stadtentwicklung einer wachsenden und sich wandelnden Stadt. In der Vorlage fehlt jeder Bezug zu dieser Verantwortung der Stadtentwicklung! Der Vertreibung von ärmeren Bevölkerungsschichten aus ihren angestammten Wohnquartieren hat der Senat bisher nichts entgegengesetzt außer punktuell mit Quartiersmanagementverfahren, die gerade diese Fragestellung eher außen vor lassen. Diese kurze Beschreibung macht deutlich, dass die Koalition von SPD und CDU ihr selbstgestecktes Ziel weder wirklich angegangen ist und schon gar nicht umgesetzt hat.

Aus linker Sicht wäre einige Sofortmaßnahmen nötig und auch schnell umsetzbar:

- Abschaffung der Bedarfsprüfung für Kita und Hort
- Schrittweiser Einstieg in die Abschaffung der Mittagessengebühr in Kita und Schule
- Maßnahmen gegen Wohnungsverlust und zur Hilfe bei Obdach- und Wohnungslosigkeit
- Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre auf Ebene des Abgeordnetenhauses
- Mehr Personal in den (Jugend-)Ämtern und damit erleichteter Zugang zu Leistungen wie Kitagutschein, Hortplatz, Elterngeld, aber auch Wohngeld. Der Zugang zu Leistungen, auf die oftmals ein Anspruch besteht, ist dringend zu erleichtern und Antragsverfahren sind zu entbürokratisieren. In der Vorlage ist keinerlei Hinweis darauf enthalten, dass der Senat dieses Thema als wichtig für die Armutsprävention und -bekämpfung identifiziert hat. Wir brauchen eine bessere Ausstattung der Ämter, insbesondere in den Bezirken und, ein ebenso im Bericht vernachlässigtes Thema, eine verlässliche Infrastruktur in den Sozialräumen für Kinder, Jugendliche und Familien.

Übrigens liegen zu diesen Themen Anträge der LINKEN im Berliner Parlament vor, die sämtlich abgelehnt oder bisher nicht behandelt wurden.

## Wolfgang Brauer (MdB): Gegen den Beton-Wahn

Gerne blättere ich in alten Zeitungen. Als Abgeordneter ist es immer gut zu sehen, ob man dem einmal gegebenen Wort treu geblieben ist – oder seine Meinung warum auch immer geändert hat. Dieser Tage fiel mir die „NordWest“ vom September 2002 in die Hand. In dieser Ausgabe konnte ich das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens für die Ortsumgehung Ahrensfelde der B 158 darstellen. Kurz zuvor fiel die Entscheidung für die „Variante 2“ – das ist die „Kurzstrecke“ mit oder ohne Trog über die Klandorfer Straße. Ich schrieb: „Von Umgehung kann nun keine Rede mehr sein. ... Die Anwohner der Klandorfer werden hinter eine Lärmschutzwand verbannt. Die Feuchtwiesen im Entstehungsgebiet der Wuhle werden zubetoniert. Letztendlich erfolgt eine völlige Entwertung des Wohngebietes nördlich der Havemannstraße.“ Seitdem stoßen die Straßenplaner auf heftigsten Widerstand, nicht zuletzt immer wieder bestärkt durch die sachkundigen Argumente unseres Genossen Günter Beckert. Seit 2002 ist das fehlende Geld

hilfreich: Da weder der Bund noch die Länder Berlin oder Brandenburg bereit sind, die Kosten für einen „gedeckelten Trog“ zu übernehmen, ruht momentan das Planfeststellungsverfahren. In diesem müssten die zahlreichen Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger beantwortet werden. Danach könnte die Verwaltung ohne weitere demokratische Mitsprache fröhlich losbetonieren... Daher verlangen viele den sofortigen Abbruch dieses Verfahrens und ein neues, deutlich erweitertes Raumordnungsverfahren. Ich unterstütze sie darin. Eigentlich sind es nur noch die Baulobby und CDU-Politiker unter Anführung der Kulturstatsministerin Grütters, die die menschenfeindliche Trasse wie geplant bauen wollen.

Kürzlich konnten sich LINKE-PolitikerInnen unseres Bezirkes bei einer von mir veranstalteten „Umgehungsstraßenwanderung“ ein Bild von der aktuellen Situation machen. Wir waren uns



Wolfgang Brauer kandidiert im Wahlkreis 1 fürs Abgeordnetenhaus.

einig: Die gegenwärtigen Planungen gehören gestoppt! Auch in diesem Falle lässt sich die Vernunft nur im Zusammenspiel zwischen Bürgerinitiativen, Bezirks- und Landespolitik durchsetzen. Genauso wie es uns schon einmal gelungen ist: Bei den Ahrensfelder Terrassen, an deren Stelle der Senator Strieder (SPD) einst „Birkenwäldchen mit einem gehobenen Aufenthaltscharakter“ pflanzen wollte. Auch wenn ich Kulturpolitiker bin: Als Abgeordneter für den Marzahn Norden werde ich mich auch künftig heftig in die Bau- und Stadtplanungspolitik einmischen, wenn die Lebensqualität unserer sowieso schon vielfach geplagten Wohngebiete weiter eingeschränkt werden soll.

## Durch den Berliner Stadtforst zu den Gosener Landschaftswiesen

**J**uni, Frühlingszeit - es ist Wanderzeit. Daher an dieser Stelle in der "grünen Ecke" mal wieder ein Tipp in "eigener Sache". Im Mittelpunkt einer kleinen Wanderung am **20. Juni** steht wieder einmal ein Stück Natur in unserem Nachbarbezirk Treptow-Köpenick. Es geht insbesondere zu einem wenig bekannten Naturschutzgebiet, den Gosener Landschaftswiesen. Es ist übrigens das größte Naturschutzgebiet der Hauptstadt überhaupt. Ausgehend von der **Endstation der Buslinie X 69** an der Odernheimer Straße geht es durch den Stadtforst, wobei wir auch das NSG Krumme Laake/Pelzlaake streifen. Jenseits des Gosener Kanals treffen wir auf eines der letzten großen zusammenhän-

genden Feuchtwiesen- und Bruchwaldgebiete Berlins, so sah es vor Jahrhunderten auch mal im Wuhletal aus. Wachtelkönig, Eisvogel, Trauerseeschwalbe kann man vielleicht sehen, Rufe der hier brütenden Kraniche hören, andere Tiere leben eher im heimlichen oder sind nur in der Dämmerung anzutreffen wie etwa Rohrdommel, Bekassine oder auch der Fischotter, die Zahl der seltenen Blütenpflanzen, Farne, Moose lässt sich gar nicht so genau ermitteln.

Man kann das Gebiet umwandern, indem man das Dorf Gosen passierend bis zum Freilandlabor Kaniswall - einem „grünen Lernort“ - geht. Hier kann man noch einiges mehr erfahren. Die Art und Weise der hiesigen Dar-

stellung und auch der Besucherführung mag auch ein Vorbild für mögliche spätere Vorhaben dieser Art in unserem Bezirk sein, wenn es zum Beispiel um die Weiterführung des zur IGA zu installierenden Umweltbildungszentrums am Wuhleteich geht ...

Ein Hinweis am Rande: Gosen liegt bereits im Tarifbereich C, also ggf. Ergänzungsfahrschein lösen.

Treffpunkt für die Wanderung am **20. Juni: 10:17 Uhr, Endstelle Bus X 69 Müggelheim, Odernheimer Straße** zur Ankunft Bus X 69, z.B. ab U Elsterwerdaer Platz 9:37 Uhr. Kostenbeitrag für Marzahn-Hellersdorf-links-Leser\_innen 3 statt 5 Euro.

**Frank Beiersdorff**

## Aus den Siedlungsgebieten: **Wie weiter mit dem Theater am Park?**

**D**as Theater am Park (TaP) ist ein wichtiger soziokultureller Ort in Biesdorf. Es wird seit 1992 durch den Verein „TaP e.V.“ bewirtschaftet. In den Jahren 2003 und 2008 wurde das Haus soweit hergerichtet, dass eine soziokulturelle Nutzung des Ballettsaales, des kleinen Saales und des Foyers ermöglicht wurde.

Das Bezirksamt hatte der BVV in einer Vorlage zur Kenntnisnahme mitgeteilt, dass der bisherige Beschluss über die Nutzungsvereinbarung des soziokulturellen Zentrums am Frankenholzer Weg in Biesdorf mit dem Verein „TAP e.V.“ aufgehoben wird. Zugleich soll unter Verantwortung des Bezirksstadtrates Richter (SPD) ein „Interessenbekundungsverfahren“ für eine langfristige soziokulturelle Nutzung am Standort, mit dem Ziel der Veräußerung oder Verpachtung umgesetzt werden. Falls das Verfahren nicht umgesetzt werden kann und sich kein Betreiber findet, soll nach dem Beschluss des Bezirksamtes die Liegenschaft zwecks Vermarktung an die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) übertragen werden. Mit dieser Beschlussfassung des Bezirksamtes ist die Zukunft des TaP wieder einmal mehr als ungewiss. In den Diskussionen über diesen Beschluss im Ausschuss für Kultur und Weiterbildung sowie im Hauptausschuss der BVV sprachen sich die Vertreter aller Fraktionen für den Erhalt des TaP aus. Hier wurde sehr deutlich kritisiert, dass bei der Beurteilung der Situation um das TaP die Anstrengungen des Vereins TAP e.V. nicht ausreichend gewürdigt wurden. Der Knackpunkt bei der Bewirtschaftung des Hauses ist seit vielen Jahren der gesperrte große Saal mit seinen 300 Plätzen im Hause. Hier wurde eine notwendige bauliche Veränderung zum Brandschutz trotz zahlreicher Versprechungen durch den Senat von Berlin und durch einige SPD-Politiker\_innen des Bezirks nicht vorgenommen und finanziert. Zuletzt wurden selbst die versprochenen Investitionsmittel aus dem Fonds „Wachsende Stadt“ in Höhe von 50 T Euro aus dem Jahre 2015 wegen fehlender baulicher Unterlagen nicht umgesetzt. Ohne den großen Saal ist die Wirtschaftlichkeit des Objektes trotz großer Bemühungen des Vereins „TaP e.V.“



Wie sieht die Zukunft für das Theater am Park aus?

Foto: Y. Rami

nicht zu gewährleisten. Der Hauptausschuss der BVV sprach sich deshalb einstimmig für den Erhalt des TaP und eine faire Einbeziehung des Vereins „TaP e.V.“ in das „Interessenbekundungsverfahren“ aus. Der Kultur-

ausschuss der BVV und die Fraktionen der Linken sowie der Piratenpartei beantragten zugleich, den Punkt aus dem Bezirksamtsbeschluss „falls kein Betreiber gefunden wird hier eine Vermarktung der Liegenschaft vorzunehmen“ ersatzlos zu streichen. Und obwohl der zuständige Bezirksstadtrat Richter von der SPD auch wegen der entstehenden Unsicherheit für die bisherigen Nutzer des TaP hier mitgehen konnte, lehnten die CDU, die SPD und die Grünen den im Kulturausschuss einstimmig gefassten Beschluss ab. Das TaP wird seit über 25 Jahren

durch den Verein TaP e.V. betrieben. Wir Linken werden alles unternehmen, dass dieser Standort auch weiterhin ein wichtiger soziokultureller Ort in Biesdorf bleibt!

**Klaus-Jürgen Dahler**, Bezirksverordneter

## Der eigenen Kraft vertrauend

**W**enige Monate vor der Wahl scheint der Kampf um das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in unserem Bezirk noch nicht wirklich Fahrt aufgenommen zu haben - auch bei uns nicht. Das mag mit der anstehenden Sommerpause zu tun haben, aber sicher auch mit der gesamtpolitischen Stimmung in Deutschland. Gebannt und mit Sorge schauen die Parteien auf die blaue Konkurrenz, die sich am rechten Rand zu etablieren versucht. Strategien werden gefordert und eine „Auseinandersetzung“. Doch was heißt das konkret? Das massive Starren der Medien, der Parteien und Öffentlichkeit auf die AfD nutzt derzeit nur einer - der AfD. Es besteht die Gefahr, dass bei aller berechtigten Auseinandersetzung und dem deutlichen Infragestellen rechter und auch neoliberaler Positionen, das Werben für eigene Inhalte in den Hintergrund rückt. Doch wir müssen uns nicht verstecken. Wir haben einen großen Pool an LINKEN Initiativen in und außerhalb der BVV der letzten fünf Jahre vorzuweisen.

Der Kampf gegen den rot-schwarzen Personalabbau stand im Mittelpunkt dieser Wahlperiode. Damit verbunden sind unsere Forderungen für eine funktionierende Berliner Verwaltung einer wachsenden Stadt. Wir haben im Land und im Bezirk eine klare Haltung zu den Themen Flucht und Asyl erarbeitet. Hierbei stellen wir Solidarität gegenüber Schutzsuchenden und den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern in den Mittelpunkt. DIE LINKE hat zu allen relevanten Diskussionen um die Zukunft unserer Stadt Vorschläge entwickelt und kann selbstbewusst in diesen Wahlkampf gehen. Dabei werben wir in erster Linie um Vertrauen für LINKE sozialistische Politik in Marzahn-Hellersdorf. Das machen wir eigenständig, selbstbewusst und vertrauend auf die eigene Stärke. Unser Ziel muss eine möglichst starke LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus und der BVV sein. Eine starke LINKE - im Parlament und auf der Straße - ist das beste Rezept gegen rückwärtsgewandte, rassistische und neoliberale Politik.

**Bjoern Tielebein**, Vors. BVV-Linksfraktion

# Zur Person: Beatrice Morgenthaler

Geboren 1949 in der äußersten Südwestecke Deutschlands in der Nähe von Basel, wohnt Beatrice Morgenthaler seit 1995 in Kaulsdorf. Nach der Schule studierte sie zunächst in Tübingen, dann in Freiburg und Münster Soziologie, Ethnologie und Volkswirtschaft. Heute ist Beatrice Bezirksvorstandsmitglied der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf und Sprecherin vom Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf.

● *Du bist im Südwesten Deutschlands geboren und hast in Hamburg gearbeitet. Was hat dich nach Marzahn-Hellersdorf verschlagen?*

**B.M.:** Nach Berlin bin ich berufshalber gezogen. Wir suchten dann eine Wohnung, die auch groß genug für eine Familie mit drei Kindern ist. Die gab es entweder nicht bezahlbar oder unter der Hand, also war Bauen durchaus eine Alternative. Mein Haus steht seit 1995 im ruhigen Kaulsdorf. Nach Marzahn-Hellersdorf hat mich im Grunde der Zufall verschlagen. Damals war das Straßenbild noch geprägt von Jugendlichen in Nazi-Outfit, Alternative waren nicht zu sehen. Natürlich waren nicht alle rechts, es war auch einfach Mode. Es gab aber unter Jugendlichen eine „herrschende Meinung“. Die andere Seite war: Von der Oberschule, auf die meine beiden Älteren kamen, hatte ich schon in Hamburg gelesen. Dort hatten sich Eltern, Lehrer und Schüler zusammen hingesetzt und sich überlegt, wie man Schule gestalten könnte. Auf der Schule konnten die Kinder wirklich Demokratie lernen und die Eltern erfuhren, dass ihre Vorstellungen etwas galten. Das war 1995 noch den Erwartungen der Wendezeit geschuldet und ein gutes Beispiel, wie Demokratie im Kleinen funktionieren kann.

● *Was hat dich bewogen, Mitglied der LINKEN zu werden?*

**B.M.:** Engagiert war ich eigentlich schon fast mein ganzes Leben lang, was natürlich mit Elternhaus und Schule zusammenhing. Während meiner Schulzeit wurde die NPD gegründet und es war einer unserer Lehrer, der uns darauf hinwies, dass man da mal zu einer Versammlung gehen könne. Die halbe Oberstufe saß also im Versammlungsraum, auf den Stühlen und Tischen, auf der Fensterbank und auf dem Fußboden. Irgendwann schaute ein verschrecktes Männlein herein, schloss, dass wir nicht die erwartete Klientel waren und schloss die Tür von außen und verschwand. Wenn es nur immer so leicht wäre. An der Uni arbeiteten wir auch in Basisgruppen und lasen dort beispielsweise Marx' Kapital. Dafür gab's auch einen Schein – mit Prüfung natürlich. Außerdem war ich Fachschaftssprecherin. Später kam dann der Wahlkampf gegen Franz Josef Strauß. Dort sagte man uns: Euch sollte man zu Seife verarbeiten. Aha, dachte ich, die Ratten trauen sich wieder aus den Löchern. Später wurde mir klar, dass man von Menschen, auch wenn sie politische Gegner sind, nicht als Ratten sprechen darf. Das sind genau die Methoden der Nazis, Menschen das Menschsein abzusprechen. Aus ähnlichen Gründen ist es mir wichtig, nicht von Fluten, Strömen und dergleichen zu sprechen. Diese Wörter signalisieren eine Gefahr, derer man sich erwehren müsse. Gefährlich ist es, wenn auch die

Qualitätsmedien sich solcher Bilder unhinterfragt bedienen und damit einer Angststimmung Vorschub leisten.

● *Links warst du also schon immer?*

**B.M.:** Genau. Zur LINKEN – damals noch PDS – hat es mich dann in Berlin auch bald gezogen – zunächst als passives Mitglied und dann auch in verantwortlicher Position im Bezirksvorstand. In Hamburg habe ich mich auch in der Gewerkschaft engagiert und wurde auch in den Betriebsrat gewählt. Ich arbeite noch immer gelegentlich für ver.di im Bereich Bildung und Beratung. Meine Aufgabe ist es, Betriebsräte für ihre besondere Arbeit im Betrieb zu qualifizieren.

● *Wie blickte man in der sich auch heute noch oft radikal gebärdenden „West-Linken“ auf die DDR?*

**B.M.:** Also ich glaubte nicht, dass die DDR wirklich ein sozialistisches Land ist, ging aber davon aus, dass die Geschichte des Landes durch Menschen geprägt ist, die ehrlich ein besseres Deutschland aufbauen wollten. Wieso soll das im ersten Versuch gleich gelingen? Auf der anderen Seite hielt ich Mao nicht für einen Marxisten – wohl aber für einen wichtigen Führer der „Dritten Welt“, der versuchte, sein Land vorwärts zu bringen. Sein „Rotes Buch“ habe ich einmal durchgeschaut und dann lieber die Marxschen Analysen gelesen.

● *Wie wurdest du Sprecherin vom Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf?*

**B.M.:** Seit der Gründung des Bündnisses im Oktober 2014 war ich für den Integrationsbeirat dabei. Von verschiedenen Seiten wurde ich dann gefragt, ob ich die Aufgabe der Sprecherin – zusammen mit Bilgin Lutzke – übernehmen will und habe mich dafür bereit erklärt. Auch für die zweite Periode bin ich wieder als Sprecherin berufen worden. Wichtig am Bündnis ist mir besonders die Arbeit in Arbeitsgruppen. Dort ist auch Platz für einzelne in ihrem Engagement, sei es in der praktischen Gestaltung eines Festes, sei es beim Gedenken an besondere Ereignisse oder Persönlichkeiten, die uns auch heute ein Vorbild sein könnten und so weiter. Hier ist noch viel Raum sich einzubringen, auch für Menschen, die ansonsten nicht viel mit Gremienarbeit



Beatrice Morgenthaler Foto: privat

anfangen können.

● *Die Gefahr von rechts wächst auch in Marzahn-Hellersdorf. Was kann das Bündnis tun?*

**B.M.:** Wir stehen heute vor der besonderen Situation, dass Rechtspopulisten auch in Deutschland erfolgreich Stimmung machen. Der Unterschied zur Pogromzeit der 90er Jahre ist, dass jetzt weitere Teile der Bevölkerung zumindest einen Teil der rechten Propaganda für richtig halten und eine Partei wählen, die – zusammen mit Pegida und anderen – einen rechten Diskurs nicht nur hoffähig machen, sondern auch die

politische Agenda mitbestimmen, obwohl sie nicht die Mehrheit sind. Die Mehrheit macht sich aber wenig mit ihren Belangen bemerkbar. Hier sehe ich die Notwendigkeit unseres Bündnisses für Demokratie und Toleranz. Ich bin froh darüber, dass hier alle Parteien – von der CDU bis zur LINKEN – sowie auch Unternehmer, Kirchenvertreter, Vereine und Verbände zusammenfinden. Das Bündnis ist keine Veranstaltung des SPD-Bürgermeisters, der LINKEN oder auch der CDU. Hier kann keine Parteiarbeit gemacht werden. Aufgabe der Parteien ist es aber nach wie vor, das Bündnis nach Möglichkeit in seiner Arbeit zu stützen. Für die Zeit nach den nächsten Wahlen ist es mir wichtig, dass der nächste Bürgermeister oder die nächste Bürgermeisterin wieder die Schirmherrschaft für das Bündnis übernimmt – auch, um der Bevölkerung von Marzahn-Hellersdorf zu signalisieren, dass die Themen des Bündnisses für unseren Bezirk außerordentlich wichtig sind.

● *Wie beurteilst du die Lage der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf im Hinblick auf die kommenden Wahlen?*

**B.M.:** Aufgabe der LINKEN ist es, mit einem klar linken Profil in den Wahlkampf zu gehen und Politik zu machen. Wir müssen sichtbar machen, dass es Alternativen gibt und dass diejenigen, die unzufrieden sind mit der bisherigen Politik in Deutschland und in unserem Bezirk, eine Besserung nicht von den Rechtspopulisten und der extremen Rechten erwarten können. Dazu müssen wir sowohl deren Positionen gut kennen als auch uns selbst noch klarer werden, welchen Weg wir gehen wollen. Deswegen sage ich: Lasst uns streiten um die besten Wege, lasst uns eine lebendige Partei sein, lasst uns weiterhin aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen und lasst uns die Aufgaben praktisch anpacken, die vor uns liegen – zum Wohl unseres Bezirks und der Stadt, und wenn es uns gut gelingt, auch darüber hinaus.

Das Gespräch führte:  
Thomas Braune

**Brauer lädt ein**

» **8.6.**, 19 Uhr, Tschechow-Theater, Märkische Allee 410, 12689 Berlin, in Koop. mit rls: **Gina Pietsch** mit ihrem neuen Brecht-Programm „Um uns selber müssen wir uns selber kümmern“

**Baugeschehen am Anger**

» **10.6.**, 17 Uhr, **Infoveranstaltung** JFE „Treibhaus“, Allee der Kosmonauten 170, 12685 Berlin. **Dr. Manuela Schmidt** (Mda, DIE LINKE) und der Bezirkstadtrat Christian Gräff (CDU), laden ein zu einer Informationsveranstaltung zum Baugeschehen am Anger gegenüber vom Dorf Alt-Marzahn.

**BBV-Fraktion lädt ein: Thema Mieten ...**

» **13.6.**, 18.30 Uhr, Diskussionsabend der BBV-Fraktion: Gast **Rainer Wild**, Geschäftsführer des Berliner Mietervereins: Standpunkte, Meinungen und Anregungen zur Wirksamkeit der **Berliner Mieten- und Wohnungspolitik**, Altes Rathaus Marzahn, Helene-Weigel-Platz 8, Raum 2017, Gäste sind willkommen!

**Historisches: Bruno Apitz**

» **22.6.**, 18 Uhr, Stadtteilzentrum-Biesdorf, Alt-Biesdorf 15, 12683 Berlin, **Aus dem Leben des Schriftstellers und Antifaschisten Bruno Apitz, Vortrag des Historikers Lutz Heuer** mit Power-Point: Bruno Apitz (\*1900, †1979). 1958 erschien in der DDR sein Buch, „Nackt unter Wölfen“, das in 30 Sprachen übersetzt wurde und Weltruhm erlangte. Die DEFA verfilmte sein Buch 1963 unter der Regie von Frank Beyer.

**Unternehmerfrühstück**

» **1.7.**, 9 Uhr, Unternehmerfrühstück mit **Udo Wolf** (Mda), Vorsitzender der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, im KulturGut Marzahn, großer Saal, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin

**Kinderfeste**

» **4.6.**, ab Kinderfest mit der Spielplatzinitiative Marzahn e.V. ASP West, Ahrensfelder Chaussee 26, 12689 Berlin, mit Wolfgang Brauer (Mda)

» **25.6.**, ab 15 Uhr, Boulevard Kastanienallee, mit Gabriele Hiller (Mda) und Kristian Ronneburg (Kandidat fürs Abgeordnetenhaus im WK 6)

**Nachbarn feiern**

» **2.7.**, 12 Uhr, Interkulturelle Gärten, Golliner Str., 12689 Berlin, „Nachbarn feiern“ mit Wolfgang Brauer (Mda), Veranstaltung gemeinsam mit Vision e. V.

**Bezirksvorstand**

» **7.6., 21.6.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

**Basisgruppensprecher-Beratungen**

» **6.7.**, 18 Uhr, BO Biesdorf/Marzahn-Süd, Bürger-Begegnungs-Zentrum KIZ Marzahn, Murtzauer Ring 15, 12681 Berlin

» **7.7.**, 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **7.7.**, 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin (Achtung: Am 2.6., 19 Uhr, GMV, WK 6, ebenda)

**Sprechstunden**

» **Petra Pau** (MdB): **15.6.**, 15-17 Uhr, WK-Büro, Kiek in, Rosenbecker Str. 25, R. 103, 12689 Berlin, telefonische Anm.: 030 99289380

» **Wolfgang Brauer** (Mda), **7.6.** jeweils 18-20 Uhr, **17.6.**, 11-13 Uhr, Wahlkreis-Büro, Havemannstraße 24, 12689 Berlin

» **Dr. Manuela Schmidt** (Mda), **17.6.**, 10-12 Uhr, **13.6.**, 18-19 Uhr, Wahlkreisbüro, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Dr. Gabriele Hiller** (Mda), **20.6.**, 16 Uhr, Wahlkreisbüro Teterower Ring 41, 12619 Berlin

» **Regina Kittler** (Mda), **22.6.**, 15-16 Uhr, Wahlkreisbüro, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Olaf Michael Ostertag** (Direktkandidat WK 5), **14.6, 28.6., 12.7., 26.7.** jeweils 15-17 Uhr, Café Krüger, Rotdornallee 1a, 12623 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (Direktkandidat WK 6), **8.6.**, 16-17.30 Uhr, Klub 74, Am Baltenring 74, 12619 Berlin, **22.6.**, 16-17.30 Uhr, STZ Kompass, Kummerower Ring 42, 12619 Berlin

**Abgeordnetenbüros**

» **Dr. Gabriele Hiller** (Mda), Teterower Ring 41, 12619 Berlin (direkt hinter dem Spree-Center): mo 16-18, di 14-16, mi/do 10-13 Uhr

» **Wolfgang Brauer** (Mda), Havemannstr. 24, 3. Etage, 12689 Berlin (Ärztelhaus): di 18-20 Uhr, fr 11 - 13 Uhr, Tel. 030 97891950

» **Dr. Manuela Schmidt** (Mda), Tel. 030 54980323 und **Regina Kittler** (Mda), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Pl. 7, 12681 Berlin

**BBV-Fraktion**

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16-18 Uhr, di 9-12 Uhr, mi 15 -17 Uhr, do 15-18 Uhr (außer am Sitzungstag der BBV), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

**Zu Hause**

Balkongeflüster  
Grillgeplänkel  
Nachbarschaft  
dabei zu sein

*Janina Niemann-Rich*

**Hinten links: Barbarossa 75**

**A**m 22. Juni jährt sich der Überfall des faschistischen Deutschland auf die UdSSR zum 75. Mal. Der zweite Weltkrieg begann zuvor mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939.

Historiker schätzen heute insgesamt mehr als 62 Millionen Kriegstote – davon allein 32 Millionen Sowjetbürger ... Noch für das Jahr 2015 – d. h. sieben Jahrzehnte nach Kriegsende gibt der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. die Zahl der in den 14 mittel- und osteuropäischen Ländern inklusive Deutschlands gefundenen und umgebenen Überreste von Opfern an mit 28.564.

Für 2016 wird wieder mit etwa 28.000 in 21 Ländern gerechnet – Arbeitsschwerpunkte in Russischer Föderation, Belarus und Polen.

Das Motto des Volksbundes lautet „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden!“ Zugleich arbeitet er 2014 – 2018 unter der Losung „100 Jahre Erster Weltkrieg – gegen das Vergessen!“

Die Bundeswehr hat derzeit rund 8.000 Stellen ihrer Sollstärke von 185.000 nicht besetzt – und Bundesministerin „Uvd Laien“ begründet den Bedarf für „zusätzliche“ 7.000 Militärdienstleistende mit der militärischen Bedrohung der NATO und Europas durch Russland ...

**Frage**

Meinen die verantwortlichen Politiker wirklich, die Russen wollen Krieg?  
**R. Rüdiger**

**Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12**  
(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

**Montag: 13 - 17 Uhr**

**Dienstag: 10 - 17 Uhr**

**Donnerstag: 13 - 18 Uhr**

**Freitag: 10 - 13 Uhr**

**Impressum Marzahn-Hellersdorf links**

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

**Layout:** Yvette Rami

**Anschrift der Redaktion:** Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin  
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

**Internet:** [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**E-Mail:** [bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**Bearbeitungsschluss:** 30.05.2016. Auslieferung ab: 01.06.2016. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 06.07. und am 03.08.2016.